

Britta Schellenberg

# Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Europa

Britta Schellenberg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) der Ludwig-Maximilians-Universität München und verantwortlich für das Projekt „Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe“. Diese Analyse ist im Rahmen dieses Projekts entstanden, das die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem C·A·P durchführt.

---



# Inhalt

Zusammenfassung	4
<hr/>	
1. Einleitung: Die radikale Rechte ist tot! Es lebe die radikale Rechte!	5
2. Strategien zur Bekämpfung der radikalen Rechten	6
2.1. Grundlagen einer Strategie	6
2.2. Maßnahmen einer Strategie	9
2.2.1. Interpretation	10
2.2.2. Repression	11
2.2.3. Prävention	12
3. Konklusion	15
<hr/>	
Anmerkungen	16
Appendix	18

---

## Zusammenfassung

Die Erscheinungsform der radikalen Rechten hat sich verändert, nicht aber ihr ideologischer Kern. Das führt zu dem, dass Teile der europäischen Bevölkerung sich von ihr stärker angesprochen fühlen, zum anderen laufen die hergebrachten (repressiven) Gegenmaßnahmen zunehmend ins Leere. Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage umfangreicher Studien - elf Länderberichte und drei themenbezogene Gutachten von Bertelsmann Stiftung und C·A·P - werden zeitgemäße Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus diskutiert.

Im ersten Teil der Analyse werden Eckpfeiler als Rahmen einer Erfolg versprechenden Gegenstrategie markiert: Ein breiter Blick auf das Phänomen ‚Rechtsextremismus‘, Datenerfassung und Berichterstattung werden als wichtige Voraussetzungen für gute Arbeit beleuchtet, ebenso Qualität und Nachhaltigkeit. Ausgehend von dem gegenwärtigen Umgang mit Rechtsextremismus in den untersuchten Ländern (u.a. *cordon sanitaire*, Regierungsbeteiligung) werden Probleme aufgezeigt und Lösungsvorschläge angeboten (Wege zu einer offenen Auseinandersetzung und Auswahl spezifischer Foki der Strategie).

In diesen Rahmen werden im zweiten Teil der Analyse spezifische Handlungsempfehlungen integriert. Es werden grundlegende Strategieansätze erörtert, sowie erprobte Einzelmaßnahmen und Beispiele erfolgreicher Praxis aus europäischen Ländern diskutiert.

Der Schlüssel zum Erfolg schließlich, so zeigt die Analyse, ist ein Cocktail an Maßnahmen, eine integrierte Strategie, die von dem aktuellen gesellschaftlichen und politischen Kontext und von den Zielgruppen, die es zu erreichen gilt, abhängt. Die Analyse reflektiert den hergebrachten Umgang mit der radikalen Rechten kritisch und bietet zugleich ein Set an Bausteinen und Ideen für Politik und Praxis an.

## 1. Einleitung: Die radikale Rechte ist tot! Es lebe die radikale Rechte!

Die klassische extreme Rechte ist tot: Kaum ein Europäer identifiziert sich noch mit faschistischen oder nationalsozialistischen Organisationen klassischen Zuschnitts.<sup>1</sup> Dennoch besteht deren ideologisches Erbe fort: Leicht erkennbar ist dies im subkulturellen Bereich und bei bewegungsförmigen Organisationen aufgrund der äußerlichen Ähnlichkeit und direkten Bezügen zum Faschismus und Nationalsozialismus (etwa in Symbolik). Durch ihre äußere Erscheinungsform kaum noch kenntlich hingegen ist die radikale Rechte in der politischen Arena. Rechtsradikale Parteien sind heute besonders erfolgreich, wenn ihre Rhetorik weicher geworden ist und sie sich dennoch rau gegen die demokratischen Eliten richten.<sup>2</sup> Der alte Kern zeigt sich vor allem in der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (aktuell insbesondere gegen Muslime, Roma und Juden gerichtet), in anti-demokratischen, anti-pluralistischen und autoritären (Politik-)Modellen und häufig eben doch in einer fortlebenden Affinität zum Faschismus oder Nationalsozialismus. Die rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Parteien unterscheiden sich aber von der alten Rechtsextremen dadurch, dass sie (weitgehend) dem demokratischen Rahmen angepasst sind. Vor diesem Hintergrund haben rhetorische Verschiebungen stattgefunden: Beispielsweise werden kaum mehr explizit biologistische Rassenkonzepte bemüht, stattdessen wird ‚Ethnopluralismus‘ gefordert, der durch eine (saubere) Trennung der unterschiedlichen Ethnien erreicht werden soll. Rassentrennung oder ‚Ethnopluralismus‘ entspricht in der Konsequenz dem gleichen Inhalt, in unterschiedlich akzeptabel klingender ‚Verpackung‘ – nicht die Inhalte, aber die alten Begrifflichkeiten sind getilgt. Mit passablem Auftreten (keine Gewalttätigkeit und meist öffentliche Distanzierung von gewalttätigen Anhängern) und weicherer Rhetorik, inklusive codierter Sprache, die nur von Szenemitgliedern entschlüsselt wird (etwa ‚US-Ostküste‘ als Synonym für jüdischen Einfluss), gelingt es der neuen radikalen Rechten für breitere Bevölkerungsteile annehmbar zu sein. Die neue Form der radikalen Rechten führt zudem dazu, dass aktuelle Repressionsmaßnahmen<sup>3</sup> ins Leere laufen. Nicht nur rechtsradikale Parteien befinden sich in einem Wandlungsprozess, auch von subkulturellen rechtsradikalen Bewegungen gehen neue Impulse aus, die gerade junge Leute ansprechen (etwa protestorientierte Musikangebote, Kleidungsstile). Wenngleich diese sich oft deutlicher als die Parteien am Faschismus und Nationalsozialismus orientieren ist auch hier die Diagnose ähnlich: Repressive Gegenmaßnahmen sind nicht ausreichend und sogar immer weniger in der Lage, die radikale Rechte wirksam zu bekämpfen. Wenn Verbote erfolgen, gründen sich Organisationen beispielsweise einfach neu und manche Gruppen (Kameradschaften und autonome Nationalisten) sowie rechtsradikaler Jugendkult (die sogenannte ‚Longdale-Youth‘) verzichten als Reaktion auf die Repressionsmaßnahmen nicht auf politische Inhalte, sondern auf feste organisatorische Strukturen.<sup>4</sup> Die hier skizzierten Charakteristika der radikalen Rechten sind für die Diskussion von adäquaten Gegenstrategien besonders relevant. Da sich die Erscheinungsform der radikalen Rechten verändert hat und daher der bisherige repressive Ansatz zunehmend ins Leere läuft, müssen zukunftsfähige Strategien in einem neuen Licht diskutiert werden.

Veränderung der Erscheinungsform der radikalen Rechten

Repressiver Ansatz läuft zunehmend ins Leere

Grundlage der im Folgenden diskutierten Strategien ist die Studie „Strategies for Combating Right-Wing Extremismus“ (2009)<sup>5</sup> und ferner die Vorläuferstudie „Strategien gegen Rechtsextremismus“ (2005)<sup>6</sup> der Bertelsmann Stiftung und des Centrums für angewandte Politikforschung (C·A·P) der Ludwig-Maximilians-Universität München. In der jüngeren Studie analysieren Experten die Struktur des Rechtsradikalismus sowie Gegenstrategien für elf europäische Länder (Belgien, Dänemark,

Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz und Ungarn). Um eine Vergleichbarkeit der Ländergutachten zu ermöglichen, orientieren sich die Analysen an einem detaillierten Leitfadens<sup>7</sup>, der drei Strategie-Ebenen vorgibt: Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts, Politik und Zivilgesellschaft. Die ältere Studie fokussiert auf die Strategie-Ebenen Erziehung/Bildung und Medien (Fernsehen), sie konzentriert sich primär auf Deutschland.

## 2. Strategien zur Bekämpfung der radikalen Rechten

### 2.1. Grundlagen einer Strategie

Allgemeine Empfehlungen als Rahmen für die Bekämpfung des Rechtsextremismus

Es gibt keine allgemeingültige Strategie, die eine optimale Bekämpfung der radikalen Rechten garantiert. Tatsächlich können Strategien nur dann erfolgreich sein, wenn sie dem spezifischen politischen und sozialen Kontext gerecht werden und sich möglichst viele Akteure (aus Politik, Justiz, Medien, Bildungsinstitutionen und Zivilgesellschaft) auf sie verständigen. Dennoch gibt es erprobte Einzelmaßnahmen und Beispiele erfolgreicher Praxis, die als exakte und situationsspezifische Werkzeuge im passenden Fall angewandt werden können. Bevor diese spezifischen Handlungsempfehlungen diskutiert werden, möchte ich allgemeine Erfordernisse beschreiben, die den Rahmen bilden, der notwendig ist, um konkrete Einzelmaßnahmen effektiv umzusetzen. Diese allgemeinen Empfehlungen bilden also den Rahmen der Strategien gegen Rechtsextremismus, in den weitere spezifischere Maßnahmen integriert werden müssen, um Wirksamkeit gegen die radikale Rechte zu entfalten. Folgende Maßnahmen sind grundlegend:

- *Ein breites, umfassendes Konzept: Probleme erkennen, benennen und der radikalen Rechten entgegen*

Erscheinungsformen der radikalen Rechten erkennen

*Verschiedene Erscheinungsformen der radikalen Rechten erkennen:* Eine kompetente Beobachtung der radikalen Rechten ist die Grundlage jeder Erfolg versprechenden Strategieentwicklung. Um der radikalen Rechten wirksam zu entgegenen, muss an ihren aktuellen Erscheinungsformen angesetzt werden. Beispielsweise ist eine bloße Fokussierung auf politische Parteien oder terroristische Aktivitäten zu kurz gedacht. Die Länderberichte beschreiben die verschiedenen Manifestationen der radikalen Rechten, von denen politische Parteien nur eine sind. Paradoxerweise wächst mit verstärktem Druck auf die politischen Parteien der Zuspruch zu sozialen Bewegungen und subkulturellem Milieu. Es ist wichtig, die verschiedenen Manifestationen der radikalen Rechten im Blick zu haben, um ihr grundlegend entgegenzutreten und zu verhindern, dass sie in der Gesellschaft an Einfluss gewinnt.

Erfassen und berichten

*Erfassen und Berichten:* Aktuelle Analysen zeigen, dass ‚harte Daten‘, etwa über die Mitgliedschaft in rechtsradikalen Parteien überdurchschnittlich stark bei der Lageeinschätzung des Rechtsradikalismus berücksichtigt werden. Hingegen werden die Ergebnisse von Einstellungsuntersuchungen (etwa zur Feindschaft gegenüber Muslimen) und die subkulturellen Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus (etwa Musik und rechtsextremer Jugendkult als Identitätsangebot) immer noch zu wenig innerhalb nationaler Datenerfassung und Strategieentwicklung berücksichtigt. Die Erfassung von aktuellen und die Realität abbildenden Daten, Monitoring und regelmäßige Berichterstattung ist notwendig für eine solide Strategieentwicklung. Um ein möglichst realistisches Bild der aktuellen Situation zeichnen zu können, ist es viel versprechend, neben staatlichen auch zivilgesellschaftliche Akteure zu konsultieren.

*Informieren und Werben:* Die Öffentlichkeit und (für die Gegenstrategien) relevante Personen und Institutionen müssen über die radikale Rechte informiert werden, damit ihr in der Breite entgegen gewirkt werden kann. Es sollte auch über Gegenstrategien informiert und für sie geworben werden. Dabei ist es überzeugender, wenn die eigenen Werte und Konzepte (Pluralismus, Demokratie, Individualismus, Gleichheit, Freiheit etc.) klar und begründet vertreten und beworben werden.

Informieren und werben

– *Nicht kooperieren, aber offensiv auseinandersetzen*

*Nicht kooperieren:* Die Frage, wie politisch mit der radikalen Rechten interagiert werden sollte, ist nicht einfach zu beantworten. Die Spannweite des Umgangs mit der radikalen Rechten reicht von Ignorieren oder bewusstem Ausschluss aus dem politischen Geschäft, also dem Errichten eines *cordon sanitaire* (etwa in Belgien und Frankreich), über partielle Kooperation (in Dänemark toleriert die rechtsradikale Dänische Volkspartei die Regierung und fordert im Gegenzug Konzessionen), bis hin zur vollen Kooperation (in Österreich etwa war die FPÖ an der Regierung beteiligt, in Italien integrierte Berlusconi rechtsradikale Parteien in die Regierung bzw. seine Partei). Keine dieser Optionen des Umgangs mit der radikalen Rechten hat automatisch einen Rückgang des Rechtsradikalismus bewirkt. Im Gegenteil: Eine Kooperation hat zu Zugewinnen bei der radikalen Rechten geführt (Dänemark) oder ein Comeback der Rechtsradikalen zumindest nicht verhindern können (Österreich). Die politische Zusammenarbeit mit der radikalen Rechten hat bewirkt, dass die finanziellen und legislativen Mittel zur Bekämpfung von Rassismus und zur Förderung von Menschenrechten unterlaufen oder beseitigt werden. In Dänemark etwa wurde das nationale Institut für Menschenrechte geschlossen, Projekte gegen Rassismus wurden eingestellt.<sup>8</sup> Selbst wenn rechtsradikale Parteien aufgrund interner Streitigkeiten oder sonstiger Inkompetenz kurzfristig aus der Politik ausscheiden, prägt – wenn eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit ihnen nicht stattgefunden hat – ihre Handschrift gesellschaftliche Diskurse und nationale Gesetzgebung (etwa bezüglich Einwanderung). Insofern geht die Strategie die radikale Rechte *zu entzaubern*, indem sie in die politische Verantwortung genommen wird, nicht auf, sondern führt zu Konzessionen an diese Parteien und ihre Ideologie.<sup>9</sup>

Nicht kooperieren

*Politische Verantwortung übernehmen:* Auch ist es wenig hilfreich, wenn politische Entscheidungsträger der Mitte glauben, sie könnten die rechtsradikale Agenda kontrollieren, indem sie diese selber in vorderster Front propagieren (etwa striktere Maßnahmen gegen Immigration oder Menschen ohne Papiere). Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass die Ansichten der radikalen Rechten damit ein Stück weit akzeptabler für die Gesamtgesellschaft werden – ohne dass ernsthaft gesellschaftliche Probleme bewältigt werden. Die demokratischen Eliten sollten die politischen Kosten, die eine ehrliche Bekämpfung des Rechtsradikalismus mit sich bringen, auf sich nehmen. Sie sollten sich nicht von kurzfristigen Gewinnen verführen lassen, die etwa ausländerfeindliche Wahlkämpfe versprechen mögen, sondern sich offensiv gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wenden und die Anliegen der radikalen Rechten thematisieren und verurteilen. Es ist die Aufgabe demokratischer Bürger die ‚schleichende Ausbreitung‘ rechtsradikaler Ideologien und die damit verbundene Gefährdung unserer pluralistischen Gesellschaft zu verhindern.

Politische Verantwortung übernehmen

*Offensiv auseinandersetzen statt ignorieren:* Die Politik des *cordon sanitaire*, also des politischen Ausschlusses, gegenüber rechtsradikalen Parteien geht dann nicht mehr auf, wenn diese Parteien so groß geworden sind, dass sie aufgrund ihrer Mehrheits-

Offensiv auseinandersetzen,  
statt ignorieren

verhältnisse nicht mehr ignoriert werden können. Diese Gefahr besteht aktuell in Belgien: Hier können die Wahlerfolge des rechtsradikalen Vlaams Belang und der Liste Dedecker (LDD) dazu führen, dass es nicht mehr möglich sein wird in einzelnen Kommunen eine Regierungsmehrheit zu bilden, ohne die LDD oder den Vlaams Belang einzubeziehen. In diesem Fall gibt es keine Alternative: Der *cordon sanitaire* muss fallen und die demokratischen Parteien sind dazu gezwungen, mit Rechtsradikalen zusammenzuarbeiten.<sup>10</sup> Das Exampel zeigt, dass ein bloßes Ignorieren der radikalen Rechten und ihrer Problemanalysen, ebenso wie die Kooperation oder die Übernahme von Ideologieelementen, zu ihrer Stärkung führen kann. Der anstrengende aber schließlich Erfolg versprechendste Weg, den die demokratischen Parteien gehen müssen, ist die offensive Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten und ihren Ideologien. Offensive Auseinandersetzung heißt auch, zu verhindern, dass sich die radikale Rechte als einzig wahre Vertretung des *kleinen Mannes* gebärden kann, dass sie als ehrliche Stimme des Volkes auftritt, die aus unanständigen Gründen von den politischen Eliten ausgeschlossen wird. Natürlich ist es hilfreich, Korruption und Diskrepanzen zwischen dem Lebenswandel rechtsradikaler Politiker und ihren ideologischen Forderungen aufzudecken. Der Schwerpunkt einer offensiven Auseinandersetzung sollte aber darauf liegen, die rechtsradikalen Forderungen offen zulegen und an sich *ad absurdum* zu führen.

– *Fokus auf (institutionelle) Diskriminierung, Vielfalt und starke zivilgesellschaftliche Akteure*

Fokus auf (institutionelle)  
Diskriminierung

*Fokus auf (institutionelle) Diskriminierung:* Die gemeinsame Basis der radikalen Rechten ist die ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘ (Wilhelm Heitmeyer). Im Denken Rechtsradikaler kann nur eine homogene ethnische Gruppe (die es in der Realität freilich nicht gibt) eine ‚gesunde Nation‘ oder einen ‚intakten Volkskörper‘ bilden. Ihre ethnisch definierte ‚Wir-Gruppe‘ konstituiert sich durch die Abgrenzung zu den – von diesem Konzept aus definierten – ‚Fremdgruppen‘. Die angeblich ‚Fremden‘ müssen ausgeschlossen werden, wenn notwendig gewaltsam.<sup>11</sup> Für Gegenstrategien ist es wichtig, stärker als bisher an diesem Konzept anzusetzen und Diskriminierung entgegenzutreten. In diesem Sinn ist auf den Ausbau eines Anti-Diskriminierungs-Bewusstseins bei Mitarbeitern staatlicher Institutionen (etwa der Verwaltung und der Exekutive) zu setzen.

Fokus auf Vielfalt

*Fokus auf Vielfalt:* Entsprechend dem rechtsradikalen Weltbild wird denn auch die Heterogenität, insbesondere ethnische und religiöse Vielfalt, als Hauptschuldige für gesellschaftliche und individuelle Problemlagen ausgemacht. Desto wichtiger ist es für eine effektive Bekämpfung des Rechtsradikalismus auf Vielfalt und (im Sinne der eigenen Rolle in der demokratischen Gesellschaft) auf die Förderung von Verantwortungsbewusstsein und Partizipation des Einzelnen zu setzen. Dazu gehört nicht zuletzt eine Stärkung der (politischen) Bildung: Unsere auf dem Prinzip der Vielfalt gebaute (Einwanderungs-)Gesellschaft zu erklären, den Einzelnen mit seinen Bedürfnissen ernst zu nehmen und in seinen Fähigkeiten zu stärken (Hartmut von Hentig)<sup>12</sup> – somit kann Heterogenität als individueller und gesellschaftlicher Tatbestand begreifbar gemacht werden.

Zivilgesellschaftliche Akteure  
und bürgerschaftliches  
Engagement stärken

*Starke zivilgesellschaftliche Akteure und bürgerschaftliches Engagement* sind unentbehrliche Partner bei der Bekämpfung der radikalen Rechten. Häufig geht zivilgesellschaftliches Engagement auf Graswurzel-Aktivitäten, auf anti-faschistische oder auf liberal-demokratische Gruppen zurück. Sie beobachten die rechtsradikale Szene vor Ort, organisieren Protest, häufig in Form von Demonstrationen und Konzerten, oder



leisten Opferhilfe. Diese Akteure haben starken Einfluss auf die Mobilisierung der Bevölkerung gegen Rechtsradikalismus. Der bürgerschaftliche Protest ‚auf der Straße‘ trägt aber nicht nur zur Mobilisierung der Bevölkerung und deren Meinungsbildung bei, er ist auch eine große Hilfe, um Rechtsradikale zurückzudrängen, etwa *no-go-areas* (*Angstzonen*) zu brechen, und um zu signalisieren, dass Rechtsradikale und ihr Gedankengut (etwa in einer Kommune) nicht willkommen sind.

– *Qualität und Nachhaltigkeit als Ziel*

*Kompetenzen und Aufgaben festlegen und (finanzielle) Unterstützung bereitstellen:* Ob es sich um ein kleines Projekt, um die Arbeit innerhalb einer Kommune, eine überregionale Initiative oder die nationale Strategie handelt – Planung und Koordination sind unentbehrlich. Wenn ‚Kompetenzen und Aufgaben nicht verhandelt und festgelegt sind, läuft es eher schlecht als recht. Dazu gehört auch, sich über die häufigen Finanzierungsprobleme zivilgesellschaftlicher Akteure Gedanken zu machen und Wege zu finden, wie diesen entgegengewirkt werden kann. Insbesondere Organisationen, die in sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen Regionen tätig sind, benötigen Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Kompetenzen und Aufgaben festlegen, (finanzielle) Unterstützung bereitstellen

*Qualität und Nachhaltigkeit verankern:* Die Entwicklung von Qualitätskriterien für die Arbeit gegen Rechtsradikalismus und das Formulieren von Ziele können helfen, Qualität zu fördern und Wirksamkeit zu entfalten. Für die Vergabe von Projektmitteln ist es hilfreich, auf der Grundlage von klaren Richtlinien zu entscheiden. Eine Nachhaltigkeit der Arbeit gegen Rechtsradikalismus lässt sich nur durch langfristig arbeitende Akteure und Projekte erreichen. Daher ist es sinnvoll, gelungene Projekte und Maßnahmen in die Regelarbeit zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure zu integrieren und somit auf eine strukturelle Verankerung zu setzen.

Qualität und Nachhaltigkeit verankern

*Kooperationen und Networking initiieren:* Grundlegend für erfolgreiche Arbeit sind Austausch, Ermöglichung von Lernprozessen und Freiraum für deren Umsetzung. Kooperation und Networking sind wichtig, um von verschiedenen Perspektiven her Rechtsradikalismus vorzubeugen und möglichst viele gesellschaftliche Kräfte ‚im Boot zu haben‘. Dafür ist es unerlässlich, dass staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure kooperieren und gemeinsame Maßnahmen umsetzen.

Kooperationen und Networking initiieren

*Kontinuierliche Evaluation und Weiterentwicklung ermöglichen:* Ebenso wie die Verständigung über Qualitätskriterien oder Standards wesentlich für gelingende Projekte sind, ist es hilfreich, neue Erfahrungen der Projektarbeit festzuhalten und sie für die weitere Arbeit fruchtbar zu machen. Dies kann durch kontinuierliche Evaluation (etwa als *partizipative Evaluation* denkbar<sup>13</sup>) und eine auf ihren Ergebnissen basierende Weiterentwicklung der Qualitätskriterien und Maßnahmen gelingen.

Kontinuierliche Evaluation und Weiterentwicklung

## 2.2. Maßnahmen einer Strategie

Mit der Beschreibung der Grundlagen wurde der Rahmen, den Strategien gegen Rechtsextremismus benötigen, um Effektivität entfalten zu können, nachgezeichnet. Im Folgenden werden spezifische Strategieansätze und konkrete Einzelmaßnahmen diskutiert, die in diesen Rahmen integriert werden müssen, um den Strategien Leben einzuhauchen.

Umgangsweisen mit Rechtsradikalismus und *Gute Praxis*

Die Strategieansätze eröffnen die möglichen Umgangsweisen mit Rechtsradikalismus: Interpretation – Repression – Prävention (inklusive Maßnahmen der De-

Radikalisierung). Zugeordnet zu diesen drei Ansätzen werden konkrete Einzelmaßnahmen vorgestellt. In ihnen gehen die – in den oben beschriebenen Studien untersuchten – Strategie-Ebenen, (Gesetzgebung/Umgang mit dem Recht, Politik, Zivilgesellschaft, Erziehung/Bildung und Medien) auf. Es wird deutlich, dass es zwar sinnvoll ist, ausgehend von diesen Strategie-Ebenen genaue Analysen vorzunehmen, nicht zuletzt, um ‚Zuständigkeitsmuster‘ zu beleuchten und Klarheit bei der Bestandsaufnahme von Einzelmaßnahmen zu erlangen. Es kommt aber für eine Strategieentwicklung, die vom Erprobten lernt und aktuellen Defiziten entgegnet, darauf an, diese verschiedenen Strategie-Ebenen zusammen zu denken und für die Praxis fruchtbar zu machen. Mit den folgenden Reflexionen und einem Set an (in verschiedenen europäischen Ländern identifizierten) Einzelmaßnahmen soll zu einer solchen integrierten Strategieentwicklung angeregt werden:

### 2.2.1. Interpretation

Interpretation des sozialen  
Wandels zentral

Die Interpretation der gesellschaftlichen Situation ist entscheidend für die Ausbreitung des Rechtsradikalismus. Denn die Folgen des sozialen Wandels und vor allem ihre Interpretation können rechtsradikale Orientierungen verursachen. Damit rücken politische Debatten in das Zentrum der Strategieüberlegungen gegen Rechtsradikalismus.

Themen setzen,  
Debatten führen,  
Schuldzuweisungen  
entgegentreten

*Themen setzen, differenzierte Debatten führen und simplen Schuldzuweisungen entgegentreten:* Parteien, Lobbys, Medien aber auch Personen, die stark in der Öffentlichkeit stehen, haben eine besondere Verantwortung differenzierte Debatten über gesellschaftliche Probleme zu führen und einfachen Schuldzuweisungen entgegen zu treten. Ein Klima der Angst gegenüber Einwanderern etwa beflügelt die radikale Rechte, beschädigt den Zusammenhalt der Gesellschaften und zerstört interkulturelle Beziehungen. Ziel sollten unaufgeregte Diskussionen sein, die verschiedene Perspektiven integrieren. Dafür kann es hilfreich sein, gute Beispiele von Einwanderung und gesellschaftlicher Vielfalt hervorzuheben, anstatt problematische Integrationsversuche überdurchschnittlich oft zu thematisieren.<sup>14</sup> Gute Praxis: Ein Beispiel ist die gezielte Ausbildung von Angehörigen der Roma-Minderheit zu Journalisten in Ungarn. Der Initiator, das *Zentrum für unabhängigen Journalismus in Budapest*, verspricht sich davon, die Öffentlichkeit zukünftig besser für die Probleme der Roma sensibilisieren zu können.<sup>15</sup>

Aufzeigen, für was die  
radikale Rechte wirklich steht

*Aufzeigen, für was die radikale Rechte wirklich steht:* Es bedarf Informiertheit und Vorsicht im Umgang mit Themen, die von Rechtsradikalen besetzt werden. Besonders wachsam sollte mit den Parolen der intellektuellen Neuen Rechten umgegangen werden. Etwa ist das Wettern gegen *political correctness*, wenn fremdenfeindliche Stammtischparolen zur Disposition stehen, oder die rechtsradikale Forderung nach mehr Meinungsfreiheit, wenn es um rassistische Äußerungen geht, nicht mit einem demokratischen Anliegen zu verwechseln. Sie sind stattdessen als Versuch, menschenfeindliche Einstellungen mehrheitsfähig zu machen, zu enttarnen. Gute Praxis: Wissenschaftler und Pädagogen haben sich mit Argumenten und Lügen der radikalen Rechten auseinandergesetzt und Handwerkszeug bereitgestellt, um sie sachlich zu entkräften. So wurden beispielsweise Argumentationstrainings gegen Stammtischparolen entwickelt. Mit diesen Materialien arbeiten in Deutschland Dozenten der Politische Bildung und Pädagogen, aber auch der Verfassungsschutz.<sup>16</sup>

*Entscheidungsträger und Meinungsführer identifizieren und stärken:* Wirksam rechtsradikale Ideologien zurückzudrängen, bedeutet auch die Öffentlichkeit und relevante

Gruppen – wie Journalisten, Rechtsanwälte und Politiker – für das Thema zu sensibilisieren. Reflektionsfähigkeit, Problembewusstsein, sowie Engagement gegen die radikale Rechte können so gestärkt werden. Gute Praxis: In Deutschland hat u.a. der *Norddeutsche Rundfunk (NDR)* einen Journalistenworkshop zum Thema „Herausforderung Rechtsextremismus für Journalisten“ für seine Mitarbeiter durchgeführt.

Entscheidungsträger und Meinungsführer identifizieren und stärken

*Eine breite Mobilisierung gegen Rechtsextremismus erreichen*: Eine breite Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteure und Bürger gegen Rechtsradikalismus kann erreicht werden, wenn für positive Ziele geworben wird und wenn Politiker des *Mainstreams* (etwa der Bürgermeister einer Stadt), Spitzensportler oder Popstars für Veranstaltungen oder Projekte gewonnen werden können. Gute Praxis: In Großbritannien fühlen sich heute breitere Teile der Gesellschaft durch den früher eher skurril anti-faschistischen zivilgesellschaftlichen Akteur *Searchlight* angesprochen, da dieser inzwischen mit seinen Kampagnen (wie *HOPE not Hate*) Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anspricht und positive Signale setzt. Neben *Searchlight* berichtet auch die britische Tageszeitung *The Guardian* kontinuierlich über Rechtsextremismus in Großbritannien und erreicht damit eine breitere Öffentlichkeit.<sup>17</sup> Die *Amadeu Antonio Stiftung* ist ein deutsches Beispiel für erfolgreiche zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus, die auch auf Mobilisierung setzt.<sup>18</sup>

Breite Mobilisierung gegen Rechtsextremismus erreichen

*Für liberale Demokratie und Vielfalt werben*: Die Ablehnung gegenüber Rechtsradikalismus, der Kampf gegen Rechtsextremisten wird dann unverständlich, wenn er sich auf Schlagworte und pauschale Verurteilungen reduziert. Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus muss deutlich werden, warum er nicht akzeptabel ist. Damit muss auch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Ideologieelementen stattfinden. Ebenso wichtig ist es, die eigenen Werte und Normen (etwa Freiheit, Gleichheit, die Menschenrechte) selbst zu kennen und sich dafür stark zu machen.

Für liberale Demokratie und Vielfalt werben

### 2.2.2. Repression

Der Umgang mit dem Rechtsradikalismus ist in den von uns untersuchten Ländern stark durch repressive Maßnahmen gekennzeichnet. Repressive Gesetzgebung kann der Bekämpfung des Rechtsradikalismus einen Rahmen bieten, ihn jedoch nicht ursächlich bekämpfen.

Repression dient als Rahmen

*Grenzen des Akzeptierbaren markieren und Hegemonie des Staates unterstreichen*: Durch repressive Gesetzgebungen können Grenzen des Akzeptierbaren markiert werden, und sie kann (einige) Rechtsradikalen davon abhalten, Straftaten zu begehen. Repressionsmaßnahmen sind vor allem angebracht, um die Hegemonie des Staates zu unterstreichen. Sie können aber nicht die Ursachen rechtsradikalen Verhaltens beseitigen oder dazu beitragen, tolerante, plurale und demokratische Einstellungen zu fördern. Insofern darf Repression nicht als Allheilmittel missverstanden werden. Repressionsmaßnahmen können lediglich bestimmte Verhaltensweisen einschränken, weil die Strafandrohung abschreckend wirken kann.

Grenzen des Akzeptierbaren markieren, Hegemonie des Staates unterstreichen

*Potentielle Opfer schützen*: Repressionsmaßnahmen gegen die radikale Rechte geben noch ein weiteres Signal ab: Jede Mensch hat das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit. Dieses Menschenrecht zu unterstreichen und dafür von Staats wegen einzutreten, kann für potentielle Opfer wesentliche Zeichen setzen (u.a. das individuelle Sicherheitsgefühl stärken, sich akzeptiert fühlen).

Potentielle Opfer schützen

Maßvoll bestrafen,  
Lernpotentialen beim Täter  
Rechnung tragen

*Maßvoll bestrafen, Lernpotentialen beim Täter Rechnung tragen:* Allzu harte Strafen können jedoch kontraproduktiv sein, etwa für die Sozialisation jugendlicher Täter, insbesondere der Ersttäter. Harte gesetzliche Repressionen können außerdem dazu führen, dass in einigen Fällen ganz auf Bestrafung verzichtet wird – wenn nämlich die Folgen für die Biographie des Täters von der Judikative als zu schwerwiegend beurteilt werden. Als wirksamer haben sich Kombinationen von Strafen mit Auflagen zu sozialer Arbeit und pädagogischen Maßnahmen erwiesen.<sup>19</sup>

Gute Praxis: Im Folgenden werden wesentliche Repressionsmaßnahmen der untersuchten Länder stichpunktartig aufgelistet:

- Antirassismus-Gesetze (vgl. B, CH, DK, F, GB, I, S) und Antidiskriminierungs-Gesetze (EU-weit umgesetzt)
- Strafvverschärfung bei rassistischem (menschenfeindlichem) Hintergrund einer Tat (z.B. GB)
- Verbot von Holocaustleugnung (u.a. D, F)
- Entzug staatlicher Finanzierung politischer Parteien (B, diskutiert in D) und Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Organisationen (D)
- Berufsverbote und betriebliche Ausschlüsse von Rechtsextremisten bzw. Rassisten (möglich u.a. in NL, zum Teil in GB)
- Aktivitäten gegen Internetkriminalität (Zusatzprotokoll zum Übereinkommen von Computerkriminalität von vielen Ländern international unterzeichnet)
- Anti-Terror-Gesetze (bislang kaum in Bezug auf Rechtsradikalismus angewandt, Ausnahme: Einzelfälle in GB)
- Möglichkeit des Verbots von Organisationen (ua. A, CH, D, F, S), Publikationen und politischen Parteien (A, D, F)
- Verbot bestimmter Symbole (z.B. D: NS-Symbolik)

Ergänzungen  
zum repressiven Ansatz  
sind unverzichtbar

*Ergänzende Maßnahmen nutzen:* Der Rahmen, den eine repressive Gesetzgebung bei der Bekämpfung des Rechtsradikalismus setzen kann, muss, um Effektivität entfalten zu können, mit weiteren Maßnahmen gefüllt werden. Reagiert der Staat lediglich mit drakonischen Strafen, muss zum einen mit einer zunehmenden Radikalisierung einiger Akteure und zum anderen mit einem Wandel der Aktionsformen der radikalen Rechten (wie oben beschrieben) gerechnet werden, der die Szene jedoch nicht ungefährlicher macht.<sup>20</sup> Nötig sind daher zusätzlich präventive, insbesondere auch de-radikalisierende, Maßnahmen.

### 2.2.3. Prävention

Prävention ist Kern der  
Rechtsextremismus-  
Bekämpfung

Präventive und pro-aktive Maßnahmen sind für die Bekämpfung des Rechtsradikalismus besonders wichtig, da sie ursächlich gegen Rechtsradikalismus wirken. Neben gesetzgeberischen Maßnahmen<sup>21</sup> und politischen Debatten, die kulturelle, religiöse und ethnische Vielfalt begrüßen, bilden De-radikalisierungsprogramme und Bildungsprogramme den Kern der Rechtsradikalismus-Prävention.

- *Maßnahmen der De-Radikalisierung*

Zielgruppe Täter

*Zielgruppe Täter:* Maßnahmen der De-Radikalisierung zielen darauf ab, Unterstützung und Alternativen für Rechtsradikale zu bieten und ihnen dadurch eine Reintegration in die demokratische Gesellschaft zu ermöglichen. Diese Maßnahmen sind möglichst individuell auf den jeweiligen ‚Fall‘ zugeschnitten. Ausgangspunkt der Hilfsprogramme ist die Überlegung, dass Rechtsradikalen geholfen werden

muss: Es muss ihren (individuellen) Defiziten und Problemen (am Arbeitsplatz, im sozialen Umfeld, mit der Wohnungssuche) entgegen gewirkt werden, dann kann es gelingen – so die Annahme – sie vom Rechtsradikalismus ‚loszueisen‘. Die Intervention zielt auf einen bestimmten Aspekt des Rechtsradikalismus: Dem (zumeist) auffälligen Verhalten (Aggressivität und Gewalttätigkeit) der Täter. Hingegen wird die rechtsradikale Ideologie (etwa Autoritarismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus) eher selten in den Blick genommen und bearbeitet.

Gute Praxis: In Schweden verzeichnen Initiativen für den Umgang mit potenziellen Gewalttätern Erfolge: Der *Dialogue Police Officer* wurde ins Leben gerufen, um mit potenziellen Gewalttätern ins Gespräch zu kommen und dadurch präventiv gegen Gewalt zu wirken. Dabei treten Polizisten mit Gewalttätern oder Gruppen in Kontakt, um angespannte Situationen zu beruhigen.<sup>22</sup> *Exit-Initiativen* unterstützen und begleiten den Ausstieg Rechtsradikaler, insbesondere rechtsradikaler Täter. Die Initiativen finden sich in Norwegen, Schweden und Deutschland und werden jüngst in den Niederlanden getestet.<sup>23</sup> Ähnlich bietet das *Violence Prevention Network* rechtsradikalen Straftätern in Deutschland einen begleiteten, auch längerfristig betreuten Ausstieg. Ein weiteres Angebot stellt die *Elternberatung*, also die Unterstützung von Eltern rechtsradikaler Kinder dar. Sie wird von unterschiedlichen Stellen – dem Verfassungsschutz und von zivilgesellschaftlichen Initiativen – geleistet (Deutschland).<sup>24</sup>

*Kommune als Ort der De-Radikalisierung:* In den meisten Fällen wachsen die Konflikte in den lokalen Gemeinden, ohne dass die Gesellschaft als Ganzes darüber Kenntnis hat. Die Kommune ist zentraler Ort für die Verbreitung rechtsradikaler Subkultur ebenso wie für die Eskalation von Gewalt und für besonders markante Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien. Wenn Kommunen entsprechende Probleme vertuschen, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Probleme verschärfen. Daher müssen Gemeinden und Städte zielgerichtet auf Rechtsradikalismus antworten. Wichtig ist es auch hier Kooperationen zwischen verschiedenen Akteuren zu schließen und Verabredungen zu treffen. Gute Praxis: Der Entwurf positiver Leitbilder (etwa für Vielfalt, gegen Rassismus) und eines Aktionsplans, der konkrete Maßnahmen beinhaltet, sind wichtige Schritte, die helfen das Problem ‚Rechtsradikalismus‘ zu bewältigen.<sup>25</sup> Vorbildlich in diesem Sinne ist das Handlungsprogramm der *Allianz gegen Rechtsextremismus der Metropolregion Nürnberg*.<sup>26</sup> Zudem trägt die Integration von zielgruppenspezifischen Angeboten (für potentielle Täter) zur De-Radikalisierung (wie oben beschrieben) bei.<sup>27</sup>

Kommune als Ort  
der De-Radikalisierung

#### – Maßnahmen der Opferhilfe

*Opfer stärken:* Effektive Strategien dürfen sich nicht allein auf die (potentiellen) Täter konzentrieren, sondern müssen die Opfer der Rechtsradikalen im Blick haben – sowohl Opfer von tätlicher Gewalt als auch Opfer von Diskriminierung. Opferhilfe sollte zum einen Unterstützung und Hilfeleistungen anbieten oder organisieren können, und zum anderen den Opfern eine Lobby geben.

Opfer stärken

Gute Praxis: Beispiele guter Praxis sind die lokalen und regionalen Antidiskriminierungs-Organisationen in den Niederlanden. Die Hauptaufgabe der Organisationen ist es, Opfer von Rassismus und rechtsradikaler Aggression zu unterstützen. Sie haben sich als Graswurzel-Organisationen in Amsterdam, Rotterdam und Den Haag gegründet, verbreitet und professionalisiert. Ein Beispiel ist *Radar Rotterdam – Rijnmond*.<sup>28</sup> Die Arbeit der Organisationen wird inzwischen durch

staatliche Gelder unterstützt. Die Organisationen kultivieren eine gute Kommunikation untereinander.<sup>29</sup> Beispielhaft sind zudem die in Ostdeutschland etablierten Opferberatungsstellen, allen voran die *Opferperspektive Brandenburg* in Potsdam.<sup>30</sup> Auch in der Schweiz gibt es wirksame und innovative Projekte der Opferhilfe, bemerkenswert ist u.a. die Entwicklung eines Online-Handbuchs und eines juristischen Ratgebers für die Opferberatung.<sup>31</sup>

– *Bildungsmaßnahmen*

Zu Kritikfähigkeit befähigen,  
Auseinandersetzung  
ermöglichen

*Zu Kritikfähigkeit befähigen und (inhaltliche) Auseinandersetzung ermöglichen:* Besonders wichtig innerhalb der Präventionsarbeit ist es, mit der (potentiellen) rechtsradikalen Jugend (der – in den Niederlanden – sogenannten ‚Longsdale-Youth‘)<sup>32</sup> und insgesamt mit Erst- und Jungwählern in Kontakt zu kommen. Diese Altersgruppe fühlt sich vom (subkulturellen) Angebot der Rechtsradikalen besonders stark angezogen und ist gegenwärtig in besonderem Maße unter den Wählern der Rechtsradikalen vertreten. Seminarangebote zur Auseinandersetzung (etwa mit fremdenfeindlicher und rechtsextremer Musik), können der Ausbreitung rechtsradikaler Jugendkultur und entsprechender Orientierungen entgegenwirken.

Förderung früh beginnen und  
kontinuierlich fortsetzen

*Förderung früh beginnen und kontinuierlich fortsetzen:* Wichtige Zielgruppen (Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene) werden erreicht, wenn Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus und für Demokratie und Vielfalt in die Arbeit von KiTas, (Berufs-)Schulen und Jugendarbeit integriert werden. Sinnvoll sind ein früher Beginn der Kompetenzförderung und ihre kontinuierliche Fortsetzung.<sup>33</sup> Eine strukturelle Verankerung, also eine Integration der Maßnahmen in die Curricula, erweist sich als sinnvoll.

Gute Praxis: In Frankreich z.B. wurden die Themen Rassismus und Antisemitismus in die Curricula der Polizei- und auch der Lehrerausbildung (Oberschullehrer) aufgenommen.<sup>34</sup> Schulprojekte und Initiativen wie *Schule ohne Rassismus, für Courage* – ein aus Belgien stammendes Projekt – können zudem zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsradikalismus fördern. Das Projekt *Demokratie lernen & leben?* aus Deutschland macht Demokratie in der Schule erfahrbar.<sup>35</sup>

Kompetenzen fördern und  
(Selbst-)Reflexion ermöglichen

*Kompetenzen fördern und (Selbst-)Reflexion (in der Gesellschaft) ermöglichen:* Als wirksame Bildungsprogramme zur Bekämpfung rechtsradikaler Einstellung und Orientierung erweisen sich Programme der Demokratieerziehung, der Menschenrechtspädagogik, der Toleranzerziehung, der Holocaust-Education und Gedenkstättenpädagogik, der Erziehung für die Zivilgesellschaft, der antirassistischen Pädagogik, der Pädagogik der Anerkennung, der Pädagogik der Vielfalt und Diversity-Training sowie Konfliktlösungstrainingsmodelle, Anti-Aggressions-Training und Mediationskonzepte.<sup>36</sup> Diese Programme unterstützen die Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus und seinen Einstellungsdimensionen sowie mit Aggressivität. Bildungsmaßnahmen sollten kognitive, emotionale und soziale Fähigkeiten fördern. Sie sollten mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe angeboten werden.<sup>37</sup>

Aus- und  
Weiterbildungsmaßnahmen  
implementieren

*Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen zu Aspekten des komplexen Themenbereichs implementieren:* Gut geschultes Personal, das mit den Codes der Rechtsextremen vertraut ist, auf rechtsradikale Parolen sensibel reagiert und mit religiöser und ethnischer Vielfalt selbstverständlich umgeht, kann wertvolle Arbeit gegen Rechtsradikalismus leisten. Daher ist das Training von Personal in Form von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen besonders grundlegend. Zielgruppe sind Mitarbeiter von staatlichen

Institutionen (Verwaltung, die Judikative, Exekutive, Bildungs- und Erziehungsinstitutionen), das Personal von zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Politiker. Gute Praxis: Beispielsweise hat die *National Courts Administration* in Schweden ein Bildungsprogramm für Richter entwickelt, das einen besonderen Schwerpunkt auf Hasskriminalität legt. Ähnliche Programme wurden auch von Agenturen, die mit dem Justizsystem zusammenarbeiten, entwickelt.<sup>38</sup>

– *Weitere Maßnahmen*

*Rechtsradikalismus und Rassismus in den eigenen Reihen entgegenwirken:* Um Rechtsradikalismus glaubhaft und wirksam entgegen zu treten ist eine Auseinandersetzung mit seinen Ideologieelementen (etwa Rassismus) innerhalb der eigenen Institution notwendig. Um eine solche kritische Auseinandersetzung zu ermöglichen sind interne Thematisierungen oder auch Gespräche mit Externen (Supervision) wesentlich. Gute Praxis: Menschenrechtsgruppen und NGOs, wie *Observatoire des Violences Policières* und *Observatoire des Libertés Publiques* in Frankreich, können solche Prozesse einleiten. Sie initiieren Initiativen, die Menschenrechtsverletzungen bei der Polizei beobachten.<sup>39</sup> Erwähnenswert ist auch die intensive Auseinandersetzung von *Amnesty International* beispielsweise mit Rassismus und Menschenrechtsverletzungen bei der Polizei in Deutschland.<sup>40</sup>

Rechtsradikalismus und Rassismus in den eigenen Reihen entgegenwirken

*Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und aus Minderheitengruppen einstellen:* Die Zusammensetzung des Personals prägt das Selbstverständnis einer Institution und kann die Etablierung eines möglichst reflektierten Umgangs mit dem Themenbereich unterstützen. Um eine Perspektive der Vielfalt einzunehmen und eine besondere Sensibilität gegenüber Diskriminierungsfällen zu erreichen, ist es hilfreich, Mitarbeiter mit Migrationshintergrund einzustellen (Maßnahmen hierzu wurden z.B. Großbritannien und Schweden ergriffen). Gute Praxis: In Großbritannien wurden kreative Kampagnen bei der Polizei initiiert, u.a. Werbekampagnen um Migranten für die Ausbildung zu gewinnen.

Mitarbeiter mit Migrationshintergrund und aus Minderheitengruppen einstellen

### 3. Konklusion

Die Diskussion der Maßnahmen hat gezeigt, dass der Schlüssel zum Erfolg eine Mischung von Strategien ist, die nur Wirkung entfalten, wenn sie langfristig umgesetzt werden. Es gibt keine einzelne oder kurzfristig umsetzbare Maßnahme, die alleine die gesellschaftliche und politische Gefahr, welche die radikale Rechte darstellt, neutralisieren könnte. Meilensteine einer passenden Gesamtstrategie sind: Sachliche Problemanalyse als Ausgangspunkt; Austausch und Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren; konsequente Verurteilung von Diskriminierung; Präventionsarbeit (inklusive Maßnahmen der De-radikalisierung); Betonung der liberalen Demokratie und ihrer Werte (wie Pluralismus und Vielfalt); Ausbau institutioneller Gegenöffentlichkeit und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure.

Ziel: Eine nachhaltige integrierte Strategie

Welcher Mix an Strategien der richtige ist, hängt von dem jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Kontext ab und von den Zielgruppen, die es zu erreichen gilt. Für die Zusammenstellung einer passenden integrierten Strategie – ob auf kommunaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene – können die beschriebenen Ansätze und Einzelmaßnahmen Anregungen bieten. Sie können als eine Art Set an Handlungsmöglichkeiten verstanden werden, die ausgewählt werden können und im Idealfall zu weiteren innovativen Vorhaben inspirieren.

## Anmerkungen

- 1) Vgl. die elf Länderberichte der Studie „Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe“, herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2009, S. 29-530.
- 2) Eine Auflistung rechtsradikaler Akteure (Parteien, bewegungsförmige Organisation und subkulturelle Milieu) in ausgewählten europäischen Ländern findet sich in: Britta Schellenberg: Dispersion and Differentiation: The Structure and Trends of the Radical Right in Europa, S. 534-536, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh 2009, S. 531-546.
- 3) Beispielsweise die in einigen Ländern geltenden Anti-Rassismus-Gesetze oder Gesetzgebung, die gegen nationalsozialistische Symbolik gerichtet ist.
- 4) Vgl. ebd. insbesondere Damir Skenderovic/Vera Sperisen: Country Report Switzerland, S. 480-487, S. 463-530.
- 5) Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh 2009.
- 6) Bertelsmann Stiftung/Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (C A P) (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus, Bd. 1, Gütersloh 2005; Georgi, Viola/Hartmann, Hauke/Schellenberg, Britta/Seberich, Michael (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2, Gütersloh 2005.
- 7) Der Leitfaden wurde von C A P und Bertelsmann Stiftung entwickelt. Die Studie orientiert sich an der Rechtsradikalismus-Definition von Michael Minkenberg. Vgl. Minkenberg, Michael: Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, Opladen/Wiesbaden 1998. Die Familie der radikalen Rechten umfasst – innerhalb unseres Samples – primär Rechtspopulisten, die fremdenfeindliche Rechte und Rechtsextremisten. Es wurden Parteien, bewegungsförmige Organisationen und das subkulturelle Milieu analysiert.
- 8) Meret, Susi: Country Report Denmark, in: Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 81-126.
- 9) Zur Gefahr durch die radikale (populistische) Rechte und den Umgang mit ihr, siehe: Orkan Kösemen: Strategies against the Radical Right in Europe, S. 550-552, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 547-558. Ausführlich in den einzelnen Ländern, siehe Meret, 2009, S. 81-126, insb.: 82-88 und 99-115; Anton Pelinka: Country Report Austria, in: ebd., S. 29-58; Juliane Wetzel: Country Report Italy, in: ebd., S. 327-374.
- 10) Swyngedouw, Marc: Country Report Belgium, in: Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 59-80, insb.: 69f.
- 11) Ausführlich zu den Themen der Radikalen Rechten: Schellenberg, Britta: Themen, Trends und Gegenstrategien, in: Holger Spöhr/Sarah Kolls (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Frankfurt am Main 2009 (im Erscheinen).
- 12) Hartmut von Hentig: Die Menschen stärken, die Sachen klären. Stuttgart 1985.
- 13) Vgl. Susanne Ulrich/ Florian M. Wenzel: Partizipative Evaluation. Ein Konzept für die politische Bildung, München 2003.
- 14) Ausführlich zum Umgang der Medien mit dem Rechtsextremismus, zu Defiziten und Handlungsempfehlungen: Schellenberg, Britta: Rechtsextremismus und Medien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), H. 42, 2005, S. 39-45.  
<http://www.bpb.de/publikationen/6TZNUC.html> (30.12.2008).
- 15) [www.cij.hu](http://www.cij.hu) (16.12.08). Vgl. Bayer, József: Country Report Hungary, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 321f., S. 285-326.
- 16) Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München 8. Auflage Januar 1996; Klaus-Peter Hufer: Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Schwalbach 2006.
- 17) <http://www.hopenothate.org.uk/> (16.12.08). Vgl. Christopher Husbands: Country Report Great Britain, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, W. 275-277, S. 249-284.
- 18) Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 236.
- 19) Vgl. Pelinka, Anton: Country Report Austria, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 43f., S. 29-58.
- 20) Ausführlich hierzu, vgl. Britta Schellenberg: Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts. C A P Analyse, München 2008.
- 21) Gute Beispiele sind ein Staatsangehörigkeitsrecht, das (auch) auf dem jus soli, dem Bodenrecht, beruht oder ein gesetzlich verankerter Diskriminierungsschutz. Vgl. ausführlich für die deutsche Situation: Schellenberg, 2008, S. 7f.
- 22) Löow, Hélène: Country Report Sweden, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 451f., S. 425-462.



- 23) Froukje Demant, Willem Wagenaar, Jaap van Donselaar: Racism & Extremism Monitor. Deradicalisation in practice, Anne Frank House 2009. <http://www.annefrank.org/content.asp?PID=909&LID=2> (15.7.2009).
- 24) Schellenberg, Britta: Country Report Germany, S. 208, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism, Gütersloh 2009a, S. 179-248.
- 25) Korgel beschreibt die Ziele und Anforderungen eines 'Lokalen Aktionsplans' in: Lorenz Korgel: Zivilgesellschaftliche Gegenwehr stärken: Gemeinwesenentwicklung und (Re-)Demokratisierung des öffentlichen Raums, S. 255f., in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz (Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert Stiftung, Berlin 2009, S. 251-267.
- 26) Vgl. <http://www.menschenrechte.nuernberg.de/admin/uploads/files/Rex-Handlungsprogramm.pdf> (15.8.2009).
- 27) Vgl. Demant/Wagenaar/Donselaar, 2009.
- 28) Vgl. [www.radar.nl/read/rotterdam\\_rijnmond](http://www.radar.nl/read/rotterdam_rijnmond) (16.12.08).
- 29) Schriemer, Rita: The Nationwide Network of Local and Regional Anti-Discrimination Agencies in the Netherlands. Case Study for the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC), October 2002; Van Donselaar, Jaap/Wagenaar, Willem: Country Report Netherlands, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 375-424.
- 30) [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de); Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 236.
- 31) Vgl. Damir Skenderovic/Vera Sperisen: Country Report Switzerland, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh 2009, S.463-530; [http://d1102352.u28.netvs.ch/bfr/bfr\\_index.asp?lang=d](http://d1102352.u28.netvs.ch/bfr/bfr_index.asp?lang=d) (15.12.08).
- 32) Vgl. ausführlich: Britta Schellenberg: Dispersion and Differentiation: The Structures and Trends of the Radical Right in Europe, S. 542, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism in Europe. Gütersloh 2009, S. 531-546.
- 33) Klaus Wahl/ Martina Ottinger-Gaßebner/ Corinna Kleinert/ Susann-Viola Renninger: Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz, S. 106-110, in: Bertelsmann Stiftung/ Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (C A P) (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Bd. 1, Gütersloh 2005, S. 16-79.
- 34) Vgl. Jean-Yves Camus: Country Report France, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Strategies for Combating Right-Wing Extremism. Gütersloh 2009, S. 157f., S. 127-178.
- 35) Vgl. Schellenberg, 2009a, S. 221.
- 36) Vgl. Hauke Hartmann/Britta Schellenberg: Strategien gegen Rechtsextremismus: Ergebnisse und Handlungsfelder, S. 27f., in: Georgi, Hartmann, Seberich, Schellenberg (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Bd. 2, Gütersloh 2005, S. 23-31 (16-41). Ausführlich: Albert Scherr/Ulrike Hormel: Bildung für die Einwanderungsgesellschaft, in: Bertelsmann Stiftung/Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (C·A·P) (Hrsg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Bd. 1, Gütersloh 2005, S. 80-145.
- 37) Vgl. ausführlich: Klaus Wahl et al, 2005, S. 64ff.
- 38) Vgl. Löow, 2009, S. 450.
- 39) Vgl. Camus, 2009, S. 156f.
- 40) Schellenberg, 2009a, S. 203f.

## Appendix

### Projektkoordination

- Britta Schellenberg, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München, [britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de](mailto:britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de)
- Dr. Orkan Kösemen, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, [orkan.koesemen@bertelsmann.de](mailto:orkan.koesemen@bertelsmann.de)
- Ulrich Kober, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, [ulrich.kober@bertelsmann.de](mailto:ulrich.kober@bertelsmann.de)

### Autoren der Ländergutachten

- Prof. Dr. Józef Bayer (*Ungarn*), Ungarische Akademie der Wissenschaften, Budapest
- Dr. Jean-Yves Camus (*Frankreich*), Institut für internationale Beziehungen und Strategien (IRIS), Paris
- Prof. Dr. Jaap van Donselaar (*Niederlande*), Universität Leiden
- Dr. Christopher T. Husbands (*Großbritannien*), The London School of Economics and Political Science (LSE), London
- Prof. Dr. Heléne Lööw (*Schweden*), Universität Göteborg
- Susi Meret (*Dänemark*), Universität Aalborg
- Prof. Dr. Michael Minkenberg (*Grundlagen für den Vergleich*), Europäische Universität Viadrina, Frankfurt/Oder
- Prof. Dr. Anton Pelinka (*Österreich*), Central European University, Budapest
- Britta Schellenberg (*Deutschland*), Universität München (LMU)
- Dr. Damir Skenderovic (*Schweiz*), Universität Fribourg
- Vera Sperisen (*Schweiz*), Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik, Zentrum für Demokratie Aarau
- Prof. Dr. Marc Swyngedouw (*Belgien*), Katholische Universität Leuven
- Willem Wagenaar (*Niederlande*), Anne Frank Haus, Amsterdam
- Dr. Juliane Wetzel (*Italien*), Zentrum für Antisemitismusstudien, Universität Berlin (TU)

### Mitglieder der begleitenden Expertengruppe

- Ioannis Dimitrakopoulos/Dr. Thomas Schwarz, FRA, Wien
- Dr. Kathrin Meyer, ODIHR/OSCE, Warschau
- Dr. Christal Morehouse, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Joachim Ott, Europäische Kommission, Brüssel
- Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin
- Klaus Stoltenberg, Forum Menschenrechte, Ministerialdirigent a.D.
- Prof. Dr. Klaus Wahl, Deutsches Jugendinstitut, München



C·A·P  
Centrum für angewandte  
Politikforschung  
© 2009

Maria-Theresia-Str. 21  
81675 München  
Telefon 089 · 2180 1300  
Telefax 089 · 2180 1329  
E-Mail [redaktion@cap-lmu.de](mailto:redaktion@cap-lmu.de)  
[www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de)

---